

PRESSEMELDUNG

11. Mai 2020

Lufthansa

MIT: Kein Staatseinfluss auf die Geschäftspolitik

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) lehnt eine Übernahme von Aktien an der Lufthansa durch den Staat generell ab. MIT-Chef Carsten Linnemann begründet den Beschluss: „Die Lufthansa war vor Corona ein gesundes, profitables Unternehmen und ein systemrelevanter Bestandteil unserer Verkehrsinfrastruktur. Wir wollen die Lufthansa erhalten, damit sie nach der Krise ohne staatliche Hilfe im globalen Wettbewerb bestehen kann.“ Der Staat dürfe aber auf Grund der finanziellen Hilfen keinen Einfluss auf das operative Geschäft oder die strategische Ausrichtung der Lufthansa nehmen.

Aus Sicht der MIT ist es essenziell, dass das finanzielle Engagement des Staates schnellstmöglich beendet wird. Carsten Linnemann: „In dieser Zeit dürfen selbstverständlich keine Boni oder Dividenden gezahlt werden.“ Die Hilfe des Staates solle sich im Wesentlichen auf Kredite und stille Beteiligungen beschränken. Im Gegenzug solle der Staat auch an künftigen Gewinnen beteiligt werden. „Sollte der Wirtschaftsstabilisierungsfond auf Grund des finanziellen Engagements Aufsichtsratsmandate beanspruchen, müssen diese von unabhängigen Experten besetzt werden“, so Linnemann. Politiker oder Beamte sollten keinen Einfluss auf das Unternehmen ausüben dürfen.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) – vormals Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU – ist mit rund 25.000 Mitgliedern der größte parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. Die MIT setzt sich für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und für mehr Unternehmergeist in der Politik ein.

Kontakt

Hubertus Struck
Leiter Kommunikation
MIT-Bundesgeschäftsstelle
Schadowstr. 3
10117 Berlin
T: 030 220798-17
struck@mit-bund.de
www.mit-bund.de